

Die Industrialisierung in Japan. Ein Beispiel für die Industrialisierung eines Entwicklungslandes.

Tomotaka Okamoto

© Selbstverlag Forschungsinstitut für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte
an der Universität zu Köln

Herausgeber: Prof. Dr. Hermann Kellenbenz

Schriftleitung: Dr. Klara van Eyll

Druck: Wilhelm Metz, Aachen

Printed in Germany · Alle Rechte vorbehalten

Die * moderne Industrialisierung begann in Japan im Jahre 1858, nachdem das Land seine Abschließungspolitik aufgeben mußte und dem unmittelbaren Einfluß Amerikas und der europäischen Mächte ausgesetzt war. Seitdem ist Industrialisierung gleichbedeutend mit Europäisierung. Trotzdem darf die Industrialisierung Japans nicht ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Europäisierung betrachtet werden, denn nicht in allen asiatischen Ländern hat die Europäisierung zur Industrialisierung geführt. Vielmehr hat die Europäisierung in den meisten asiatischen Ländern die Kolonisierung mit sich gebracht.

In der Industrialisierung Japans ist 25 Jahre nach der Öffnung des Landes nur deshalb eine plötzlich eintretende beschleunigte Entwicklung festzustellen, weil inzwischen eingetretene Reformen zu einer Änderung der gesellschaftlichen Struktur geführt haben. Es geht hierbei um die Fähigkeit bzw. Unfähigkeit dieser Länder, das richtige Verhältnis zwischen der Aufnahme der europäischen Zivilisation und der Beibehaltung der eigenen alten Traditionen zu finden.

Ich glaube, daß sich die außereuropäischen, wirtschaftlich wenig entwickelten Länder nur dann industrialisieren können, wenn sich aus der Vermischung europäischer und eigener Zivilisation eine andere, ganz neue Zivilisation ergibt. Wo eine Religion, wie z. B. der Buddhismus, Hinduismus oder Islam — nicht nur die Weltanschauung, sondern auch das soziale Lebensbewußtsein und die soziale und ständische Schichtung streng fixiert haben, kann das nicht der Fall sein.

Glücklicherweise hat der japanische Buddhismus die Modernisierung Japans kaum behindert, ja, er hat sie eher vorangetrieben. Bei dem durch mehrere Reformationen ganz japanisierten Buddhismus handelt es sich um die Selbsterleuchtung, Selbstverleugnung oder die Vereinigung des Ichs mit der Natur und der über der Geschichte stehenden Zeit. Ich glaube, daß diese Vereinigung das besondere japanische Verhältnis zwischen dem Ich und dem Natur- und Geschichtsgesetz ist. Meiner Meinung nach stammt der Rationalismus der leitenden Gruppe der Unterkrieger aus einem solchen religiösen Bewußtsein bzw. einer solchen Weltanschauung, ebenso wie die entgegenkommende Haltung der

* Vortrag, gehalten im Seminar für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Universität zu Köln am 2. Februar 1971. Tomotaka Okamoto ist Associate Professor der Wirtschafts- und Betriebswissenschaftlichen Fakultät der Rikkyo-Universität, Tokio.

Bevölkerung bei der Modernisierung Japans¹. Letztere liegt auch begründet in dem Gemeinschaftsbewußtsein der Bauern, das notwendigerweise durch die Wasserfeldagrikultur hervorgerufen wurde.

Die europäische Zivilisation bzw. der Kapitalismus haben Japan nicht so sehr im geistigen, sondern stärker im sachlichen Bereich einen Anstoß gegeben. In den 200 Jahren seiner Abschließungspolitik war Japan zu einer eigenen kleinen Welt geworden. In ihr hatte der japanische Feudalismus eine sehr spezielle und eigentümliche Entwicklung durchgemacht. Obwohl der Binnenhandel auf einer hohen Entwicklungsstufe stand, war beinahe keine moderne Bourgeoisie aufgekommen, die das Subjekt der kommenden kapitalistischen Gesellschaft sein sollte. Denn der Feudalismus selbst war in Japan seit langem dem Verfall nahe.

Man kann sagen, daß die Geschichte durch die Vermittlung des Verkehrs zwischen verschiedenen Welten mehr oder weniger stark geprägt wird. Vor dem Zeitalter des Kapitalismus hatte jede Welt infolge der Beschränkung des Verkehrs auf die eigene Kultur ihr eigenes Wirtschafts- und Gesellschaftssystem. Das gilt insbesondere für die feudalistische Welt, die sich auf eine naturwirtschaftliche Agrikultur gründet. Das Gesagte läßt sich am besten an der Geschichte des Fernhandels und der freien Städte des Mittelalters darstellen. Bis zum Ende des 16. Jahrhunderts trieben auch die Japaner Handel mit entfernten Gebieten in Übersee. Sie gründeten mehrere große Handelsbasen in den mehr als 1000 Kilometer entfernten Orten Ost- und Südostasiens. Auch in Japan selbst hatte sich in dieser Zeit eine Art freier Städte gebildet. Aber die Tokugawa-Shogunats-Regierung, die Anfang des 17. Jahrhunderts den japanischen Feudalismus wieder unter sich vereinte, sah in diesen freien Städten sowie in der Verbindung zwischen Feudalherren und Seehändlern ein gefährliches Moment, das gegen die Erhaltung des Regimes war. Sie schlug die freien Städte daher nieder. Die Shogunats-Regierung übte eine strenge Kontrolle über den Binnenverkehr aus und ging schließlich zur Abschließungspolitik über, d. h., sie verbot den Verkehr mit dem Ausland². Zu gleicher Zeit kam in Europa der Mer-

¹ Daneben spielten der Shintoismus, die japanische Staatskunde und die Verehrung des Kaisers als politische Idee beim Aufbau des einheitlichen Nationalstaates natürlich eine große Rolle.

² Nur mit China und Holland machte die Shogunats-Regierung im Hafen von Nagasaki direkte Geschäfte.

kantilismus auf. Der Merkantilismus war die Epoche, die dem Kapitalismus den Weg ebnete. Er ist ein System, das vom Feudalismus zum Kapitalismus überleitete und dadurch entstand, daß der Spätfeudalismus versuchte, den Verkehr und die unabhängig vom Feudalismus wachsende Bourgeoisie in einem System zu vereinen.

Eine der größten Eigentümlichkeiten in der neueren japanischen Geschichte ist daher die, daß Japan bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts ein solches Wirtschaftssystem, wie der Merkantilismus es darstellt, nicht gekannt hat, obwohl es eine dem Merkantilismus ähnliche Entwicklung gegeben hat. Dies alles ließ das letzte Stadium des Feudalismus sowie die Industrialisierung in Japan ganz speziell und eigentümlich werden. Hierüber entwickelten sich zwei unterschiedliche historische Lehrmeinungen. Die eine sah das Motiv mehr in dem Einfluß des fortgeschrittenen europäischen Kapitalismus und beachtete die innerjapanische Entwicklung weniger. Sie definierte die später noch zu erwähnende Meiji-Reform als bourgeoise Revolution, und die darauffolgende Gesellschaft belegte sie mit dem Attribut kapitalistisch.

Die andere Schule hat das Motiv des Übergangs Japans zum Kapitalismus vornehmlich innerhalb Japans gesucht und die japanische Gesellschaft von der Meiji-Reform bis zu der nach dem Zweiten Weltkrieg stattgefundenen Reform als halbfeudalistischen Kapitalismus oder Absolutismus definiert. Hierzu ist anzumerken, daß die erstgenannte Schule der Definition des Charakters der die Reform leitenden Unterkrieger aus dem Weg gegangen ist³. Der Übergang Japans zum Kapitalismus ist weder allein auf dem einen noch auf dem anderen der soeben aufgezeigten Wege erfolgt.

Die Voraussetzungen der Industrialisierung und ihre Folgen

Das charakteristische Merkmal der modernen Industrialisierung Japans liegt im wesentlichen darin begründet, daß sie durch die Politik von oben eingeleitet und ausgeführt wurde. Dabei verursachte die durch die feudalen Herrscher angenommene Politik der Industrialisierung im engeren Sinne unmittelbar die breite soziale Modernisierung. Trotz des Fehlens einer modernen Bourgeoisie wurde die Politik zwecks Errei-

³ Aber die erstgenannte Schule hatte im allgemeinen mit ihrer Definition des japanischen Kapitalismus recht. Eine falsche Würdigung der leitenden Unterkrieger führte zur falschen Definition des japanischen Kapitalismus selbst, wie im Fall der letztgenannten Schule.

chung der Modernisierung schnell und vollständig umgewandelt, so daß die Modernisierung sehr schnell erfolgen konnte.

Diese Modernisierung bedeutete natürlich die Festigung des Kapitalismus. Der ganze Prozeß dauerte nur etwa dreißig Jahre. Genauer gesagt, in den zehn Jahren nach der Öffnung des Landes — also bis 1868 — brach die alte feudalistische Zentralmacht, die Tokugawa-Shogunats-Regierung, zusammen. Während der folgenden sechs Jahre schaffte die neue Einheitsregierung das feudalistische System ab und stellte die neue Verfassung fest. Dieser Prozeß heißt „Meiji-Ishin“ auf japanisch. Von 1873 bis 1885 veränderte sich dann sehr schnell die soziale und wirtschaftliche Struktur vollständig. Nachdem die moderne Industrialisierung um 1885 dann in die richtigen Wege geleitet war, ist eine plötzliche Beschleunigung der Entwicklung eingetreten, und in den folgenden 15 Jahren — also bis zur Jahrhundertwende — hat sich das japanische Industriekapital gefestigt, d. h., die industrielle Revolution in Japan war vollendet.

Wenn fast alle Länder Asiens zu Kolonien wurden, warum ist es dann nur Japan gelungen, eine kapitalistische Volkswirtschaft aufzubauen? — Tatsächlich war auch die Kolonisierung Japans nicht von vornherein ausgeschlossen. Einige feudale Herrscher in Süd-West-Japan verloren lokale Gefechte mit der englischen Truppe und der vereinigten Flotte Englands, Frankreichs und Amerikas. Aber dem schweren Schlag, den der freie Außenhandel der bis dahin geschlossenen japanischen Wirtschaft versetzte, kommt eine viel größere Bedeutung zu. Der bis dahin geschlossene Binnenmarkt löste sich auf. Die schleichende Inflation setzte ein. Viele der bestehenden Industrien — besonders die Baumwollindustrie — brachen zusammen. Über zwanzig Jahre ist ein Einfuhrüberschuß zu verzeichnen. Der mit den Siegermächten abgeschlossene Handelsvertrag gestand Japan keine Zollautonomie zu und zwang es, Sonderterritoriumsrechte anzuerkennen. Dieser dem für europäische Verhältnisse wirtschaftlich wenig entwickelten Land aufgezwungene Handelsvertrag konnte erst 1911 — also nach mehr als 50 Jahren — revidiert werden. — Übrigens enthielten auch die mit anderen asiatischen Ländern geschlossenen Verträge diese Bestimmungen.

Welches sind nun die Ursachen, die dazu führten, daß Japan nicht kolonisiert wurde, sondern eine kapitalistische Wirtschaftsweise übernahm? *Erstens:* Weil Japan eine sehr hoch entwickelte Agrar- und Volkswirtschaft besessen hatte, war das Land so reich, daß es die roten Zahlen

in der Außenhandelsbilanz über eine längere Zeit, d. h. ca. 15 Jahre — von der Mitte der sechziger Jahre bis 1881 — mit Gold abdecken konnte und dabei auch noch Mittel für die Industrialisierung verblieben. Der Goldabfluß in den Jahren 1858 bis 1872 wird auf 150 Mill. Yen geschätzt. Bis zur Mitte der sechziger Jahre ist dies auf die falsche Münzpolitik der Shogunats-Regierung zurückzuführen. Der Einfuhrüberschuß belief sich in den Jahren 1868 bis 1881 auf 77 642 000 Yen. Noch 1881 war er 2,5mal so groß wie die Warenausfuhr⁴.

Daß sich der Feudalismus trotzdem so lange erhalten hatte, lag an der später noch zu erwähnenden geschickten Politik der Shogunats-Regierung. Sie hatte ein Anwachsen der Bourgeoisie in den Städten und die Auflösung der feudalistischen Agrarordnung verhindert.

Diese Selbsterhaltungspolitik konnte die Shogunats-Regierung jedoch nur deshalb so erfolgreich verfolgen, weil ihre Macht groß genug war, den verbotenen Verkehr mit fremden Ländern auch tatsächlich zu verhindern.

Da in der Mitte des 19. Jahrhunderts der Höhepunkt des Feudalismus schon erreicht war, war der Zusammenbruch desselben nach der Öffnung des Landes nicht mehr aufzuhalten.

Zweitens: Da es so gut wie keine Bourgeoisie gab, hatten die Unterkrieger diese Rolle übernommen, den Nationalstaat aufgebaut und in ganz kurzer Zeit umfassende politische, soziale und wirtschaftliche Reformen durchgeführt.

Drittens: Solange Japan den für das Land ungünstigen internationalen Einflüssen ausgesetzt war, bestand der Zwang zur Modernisierung. Und je ungünstiger diese Einflüsse sich gestalteten, desto stärker mußte Japan an der Modernisierung interessiert sein. Auf der anderen Seite trugen diese Einflüsse aber auch die Schuld an der ungesunden Struktur der kapitalistischen Volkswirtschaft Japans.

Zu erstens: Feudalwirtschaft, Handel und Industrie

Die Entwicklung des Handels und der Industrie waren im japanischen Spätfeudalismus sehr stark von einer Politik der Erhaltung der Feudal-

⁴ 100 Yen entsprachen 1874 durchschnittlich 101,58 \$, 1881 höchstens 91¹/₄, mindestens 88¹/₂ \$.

Japan war von früher her ein Goldförderungsland gewesen. In der Seehandlung des Mittelalters war das Gold eine wichtige Ausfuhrware.

herren beeinflusst worden. Besonders das Anwachsen der großen Zentralstädte Osaka, Edo (heute Tokio), Kyoto und der lokalen neu gewachsenen Städte ist auf eine Politik der Trennung der Bauern von den Kriegern, Kaufleuten und Handwerkern zurückzuführen. Diese Politik verfolgte also die strenge Trennung der Stände. Aber in demselben Maße, in dem die Feudalherren die Bauern zu vermehrten Abgaben in Form von Reis zwangen, waren sie selbst gezwungen, diesen Reis in den Städten zu verkaufen. Der jährliche Tribut wurde deshalb in Form von Reis eingetrieben, weil die Bauern von der Geldwirtschaft losgelöst bleiben sollten.

Anfangs verkauften die Feudalherren diesen Reis in die alten Städte Osaka, Kyoto und in das als Hauptstadt neu errichtete Edo. Dort deckten sie dann auch ihren übrigen Bedarf. Einerseits wuchsen so die Zentralstädte sehr schnell an, andererseits breitete sich strahlenförmig über das ganze Land eine Handelsorganisation aus, die die lokalen Feudalwirtschaften mit den Zentralstädten verband. Auf diese Weise wurde im 17. Jahrhundert die Anbaufläche fast verdoppelt, und die Reisproduktion nahm um ca. 60 Prozent zu, außerdem wurden auf dem Land viele andere neue Agrarprodukte für die Städte produziert.

Um die Mitte des 18. Jahrhunderts betrug die Einwohnerzahl von Edo etwa eine Million, die von Osaka lag über 400 000 und die von Kyoto über 300 000. Die Vergrößerung der Städte erfolgte aber unter der strengen Kontrolle der Shogunats-Regierung. Sie zwang alle lokalen Feudalherren, mindestens in drei von sechs Jahren die Regierungsgeschäfte ihrer Feudalherrschaften in Edo wahrzunehmen.

Dadurch war eine politische Kontrolle möglich, und zugleich waren die Feudalherren gezwungen, ihr Geld in Edo für die Lebenshaltung auszugeben. Die Regierung bezog auch die Städte Osaka und Kyoto sowie andere freie Städte in ihr Territorium ein. Dadurch gelang es ihr, den Handel nicht nur aufgrund des strengen Privilegsystems direkt zu beherrschen, sondern auch die lokalen Feudalwirtschaften mit Hilfe der privilegierten Handelsorganisationen indirekt zu kontrollieren. Natürlich waren diese Zentralstädte nicht nur Handelsstädte, sondern es wuchs hier auch eine Industrie heran, und zwar eine durch privilegierte Großhändler beherrschte Hausindustrie.

Das Privilegsystem war auf 20 bis 30 Geschäftssparten aufgeteilt. Diese privilegierten Großhändler besaßen ein Monopol für den Handel mit

Produkten der Lokalstädte. Die alten lokalen Feudalwirtschaften wurden also in das Kontrollnetz der Regierung mit einbezogen und so doppelt beherrscht, einmal durch die Shogunats-Regierung selbst, zum anderen durch die privilegierten Händler der zentralen Großstädte. Die Folge war, daß die Feudalherrschaft schwieriger wurde, obwohl die Agrarproduktion zunahm. Die lokalen Feudalherren versuchten natürlich, sich von der doppelten Kontrolle zu lösen. So förderten sie z. B. Handel und Industrie in ihren eigenen Territorien. Zunächst konnten sie diese Politik noch relativ frei verfolgen, weil das Hauptziel die Förderung selbst war. Schon bald entwickelten sich in allen Territorien Lokalstädte. Anfang des 18. Jahrhunderts hatten die sechs größten unter ihnen etwa je 60 000 Einwohner, bei zehn weiteren lag die Einwohnerzahl bei 20 000. Bis zum Ende des 18. Jahrhunderts hatten sich diese Städte — größeren und kleineren Umfangs — über das ganze Land verstreut gebildet.

Der lokale Handel und die lokale Industrie unterschieden sich in folgenden Punkten vom Handel und der Industrie der Zentralstädte: Die Kaufleute der Lokalstädte waren die Gegner der durch die Shogunats-Regierung privilegierten Händler. Sie waren zwar selbst durch ihre Feudalherren privilegiert, das Privileg erstreckte sich jedoch nur auf das entsprechende Territorium. Die lokalen Industrien waren aber größtenteils Ausfuhrindustrien. Schon früh läßt sich eine Spezialisierung in den einzelnen Gebieten erkennen. In der Textilindustrie legte man hierauf wie auf Produktivität und Qualität den größten Wert.

Schon in den achtziger Jahren des 18. Jahrhunderts gab es in der Lokalstadt Kiryu eine durch Wasserkraft betriebene Maschinenweberei. Außerdem bildeten sich in den Lokalstädten Manufakturen für Sake (Reiswein), Wachs, Papier, Kupfer, Zucker, Porzellan, Pflanzenöl, Gußwaren usw. Auf diese Weise konnte sich Japan allmählich zu einem einheitlichen Markt entwickeln.

Seit Ende des 18. Jahrhunderts wurde dann aber auch die Handels- und Industriepolitik der lokalen Feudalherren allmählich unfrei, weil die emporgekommenen lokalen Kaufleute zu Großhändlern wurden und selbst die Feudalherren bestrebt waren, monopolistische Großhändler zu werden. Bald beherrschten diese Feudalherren in ihrer Eigenschaft als Großhändler viele der Hausindustrien in den Agrardörfern.

Die Bauern zerfielen mit der Zeit — infolge der zunehmenden Entwick-

lung zur kaufmännischen Agrarwirtschaft — in zwei Gruppen: in Reiche und Arme. Die japanischen Bauern hatten zwar am Ackerland kein Privateigentum, jedoch waren sie an die Scholle gebunden; und daher konnten sie ihren Boden auch nicht verlieren. Sie wurden Schuldner und arbeiteten für ihre Gläubiger, die Großhändler der Lokalstädte oder freie Bauern waren. Schon zu Beginn des 18. Jahrhunderts war in den Dörfern die Hausindustrie als Nebenbeschäftigung der Bauern aufgekomen.

Während seit Anfang des 19. Jahrhunderts die Seide herstellenden Manufakturen in den Agrardörfern von den reichen Bauern der verschiedenen Seidengebiete gegründet wurden, war die schon damals größte Industrie, die Baumwollindustrie, eine von den Großhändlern beherrschte Hausindustrie. Eine eigentliche Bewegung zur modernen Industrialisierung hin ist jedoch nicht nachzuweisen. Nach der Landesöffnung begannen zunächst nur die Seidenindustrie und die unter der Leitung von Unterkriegern stehenden Fabriken der Feudalherrschaften sich zu modernisieren.

Zu zweitens: Die Auswirkungen der Landesöffnung und der Einfluß der Unterkrieger — Zusammenbruch des Feudalismus

Der seit 1858 mögliche freie Außenhandel ohne Zollautonomie und die wirtschaftliche Übermacht der Europäer und Amerikaner konnten natürlich nicht ohne Einfluß auf die Wirtschaft und Gesellschaft Japans bleiben. Zuerst wirkte sich der Einfluß auf die durch die privilegierten Großhändler kontrollierte Marktwirtschaft aus. Die Shogunats-Regierung suchte deshalb die Kontrolle zu verstärken. Gegen den Einspruch der europäischen Mächte und einiger feudaler Herrschaften konnte sie ihre Stellung jedoch nicht behaupten.

Zuerst breiteten sich die Ausfuhrindustrien aus, besonders die Seidenindustrie, während andere Industriezweige, u. a. auch die Baumwollindustrie, durch die Einfuhr besserer und billigerer Waren zugrunde gerichtet wurden. Außerdem bewirkte eine ungeschickte Münzpolitik der Shogunats-Regierung Goldabfluß und Preissteigerungen, die zudem noch durch die Auflösung der alten Marktorganisation verstärkt wurden. Eine Art Inflation hat die sich mit dem Außenhandel beschäftigenden Kaufleute und Industrieunternehmer in einigen lokalen Bezirken schnell reich werden lassen, aber die Finanznot der Shogunats-Regierung und der alten Feudalherrschaften wurde immer größer, und natür-

lich auch die der Bauern wie der unteren, in den Städten lebenden Schichten. Von dieser Entwicklung blieben auch die Unterkrieger nicht ausgeschlossen.

Dem absterbenden Feudalregime wurde durch die Unterkrieger der Gnadestoß versetzt. Damals gab es etwa 400 000 Unterkrieger, die in Edo oder in den lokalen Zentren wohnten und in der Shogunats-Regierung oder bei den lokalen Regierungen als Beamte im unteren Dienst tätig waren. Sie hatten natürlich kein Lehen und lebten vom Reisdeputat, das zwar festgelegt war, aber infolge der Finanznot bei der Regierung mehrmals gekürzt wurde. Außerdem stiegen die Preise ständig.

Seit langem war bei den Unterkriegern daher eine Nebenbeschäftigung populär. Sie fanden bei Großhändlern und bei den feudalen Herrschaften Betätigungsmöglichkeiten. An diesem Status übten Unzufriedene Kritik und griffen auch zu den Waffen. Der seit Anfang des 17. Jahrhunderts andauernde Friede hatte vielen Unterkriegern die Möglichkeit einer höheren Schulbildung eröffnet, und in jeder feudalen Herrschaft waren „Hanko“-Hochschulen gestiftet worden. Seit 1830 litten aber auch viele Feudalherrschaften unter Geldmangel. In Süd-West-Japan wurden bei den Reformen zur Überwindung der finanziellen Notlage die Fähigkeiten der gebildeten Unterkrieger erkannt und dadurch genutzt, daß ihnen entsprechende Stellen in der Verwaltung eingeräumt wurden. Ihre Reformen bestanden in dem Moratorium der Schulden ihrer Herrschaften, der Stadteinwohner und Bauern auf Kosten der Wucherer und Großhändler sowie in der Ausdehnung der monopolisierten Handelsbetriebe und Manufakturen der Feudalherrschaften.

Durch die Übertragung dieser hohen Regierungsgeschäfte wurden sie von unteren Beamten zu Politikern, einflußreichen Finanzmännern, Leitern von Handlungen und Manufakturen. Bald hatten sie erkannt, daß das größte Hindernis bei der Besserung der bestehenden Verhältnisse die Zentralmacht Tokugawa-Shogunats-Regierung und die Herrschaft der privilegierten Großhändler in den Zentralstädten war.

Bei der Landesöffnung widersetzten sich die leitenden Feudalherrschaften der Haltung der Shogunats-Regierung aus dem Grunde, weil sie die beiden Artikel bezüglich der Zollautonomie und des Sonderterritoriumsrechts im japanisch-amerikanischen Handelsvertrag nicht befürworteten wollten, und weil sie befürchteten, daß die Shogunats-Regierung den Außenhandel monopolisieren wollte.

Die Folgen der Öffnung des Landes habe ich bereits kurz angedeutet. In der ersten Zeit verfolgten die Unterkrieger einen radikal-nationalistischen Kurs und setzten sich eifrig für die Modernisierung des Landes ein. Die radikal-nationalistische Bewegung wurde jedoch ein Mißerfolg. Mehrere Unterkrieger gingen daraufhin nach Europa, um dort die fortgeschrittene Zivilisation zu studieren. Andere verbündeten sich mit den Kaufleuten der lokalen Zentren, den Handwerkern, Manufakturarbeitern und Bauern, um so Mittel und Wege für eine gegen die Shogunats-Regierung gerichtete Bewegung zu finden. Alles zusammengekommen — also der Bund zwischen den Unterkriegern, Kaufleuten, Bauern usw.⁵, die nationalistischen Bestrebungen und die Modernisierungsidee — führten Japan notwendigerweise auf seinen neuen Weg, d. h. in die Abschaffung des Feudalismus. Die Inbesitznahme der alten Feudalherrschaften gelang bereits ein halbes Jahr nach dem Sturz der Shogunats-Regierung⁶. Schon vor dem Regierungssturz hatten die in Süd-West-Japan mit Unterstützung der Herrschaften an die Macht gekommenen Unterkrieger moderne Industrien gegründet, z. B. im Schiffs- und Maschinenbau, für die Eisen- und Stahlherstellung sowie auf dem Gebiet der Chemie und der Telegraphie. Hier war der erste Dampfer Japans entstanden (1865) und die erste Spinnerei (1867) betrieben worden, allerdings mit aus England importierten Spinnmaschinen.

Diese von oben gesteuerte Industrialisierung war also der Ausgangspunkt für eine Modernisierung Japans. Diese Tatsache darf jedoch nicht allein gesehen werden. Daneben erfolgte nämlich eine ebenfalls von

⁵ Bei diesem Bund handelte es sich nur um eine Bewegung, er war nicht organisiert. Während der Choshu-Feudalherrschaft wurde „Kiheitay“, eine Art Bürgerwehr aus Bauern und Stadteinwohnern gegen die Shogunats-Regierung, ins Leben gerufen.

⁶ Es ist immer noch nicht genau untersucht worden, wann und wie die leitenden Unterkrieger die vollständige Abschaffung des Feudalismus entschieden. Aber die Inbesitznahme der Feudalherrschaften direkt nach dem Sturz der Shogunats-Regierung war der erste Schritt bei der Abschaffung des Feudalismus. Dazu kam die später noch zu erwähnende Agrarreform. In dieser Beziehung muß auch das Tenno-system, das neue japanische Kaisersystem, erwähnt werden. Leider ist hier aber kein Raum für eine ausreichende Darstellung; denn das Tenno-system hat eine ziemlich lange Geschichte. Es ist ein — während der Meiji-Reform entstandenes, ganz neues System. Die Familie Tenno hat zur Zeit des Feudalismus nicht zu den Feudalen gehört. Sie wurde politisch als Symbol der Macht des Einheitsstaates gegen die feudale Zentralmacht — Tokugawa-Shogunats-Regierung — benutzt. Die Inbesitznahme der Feudalherrschaften wurde daher in der Form der Rückgabe des Bodens und der Bevölkerung an Kaiser „Hanseki-Hokan“ durchgeführt.

oben gesteuerte Sozialreform, die für das Aufkommen eines privaten Unternehmertums von noch größerer Wichtigkeit war.

Die spätféudalistische Gesellschaft Japans litt nicht so sehr darunter, daß Handel und Industrie nicht genügend entwickelt waren, sondern viel stärker darunter, daß die Träger der kommenden Modernisierung, also freie Kaufleute, freie Unternehmer und freie Bauern, nicht vorhanden waren.

Zu drittens: Reform und Umwandlung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Struktur — der Weg zum Kapitalismus

Nach dem Zusammenbruch der féudalistischen Shogunats-Regierung bildete die bereits mehrfach erwähnte Gruppe der Unterkrieger zunächst eine diktatorische Regierung. Sie setzte zuerst die privilegierte Handelsordnung außer Kraft, führte die Inbesitznahme der Féudalherrschaften durch, trieb die Industrialisierungspolitik weiter voran und baute einen Nationalstaat auf. Die dazu erforderliche Verfassungsreform ermöglichte dabei den sozialen und wirtschaftlichen Strukturwandel, der notwendigerweise die oben genannten Träger des Kapitalismus schuf.

a) Die neue Regierung teilte den Bauern den von den Féudalherren beschlagnahmten Boden zu, befreite sie aus der ständischen Bindung und belegte sie mit einer Grundsteuer. Mit den Grundsteuereinnahmen deckte die Regierung die durch die Reform auf sie zukommenden Kosten, d. h. die Auflösung des Kriegerstandes und die für den Neuaufbau anfallenden Kosten, die für die Gründung einer Volkswehr und die Einführung der Schulpflicht⁷, den direkten Betrieb der Staatsfabriken und weiter die Beförderung des Handels und der Industrie. Für diese Aufgaben reichte die Grundsteuer allein natürlich nicht aus. Die Regierung legte weiter mehrere Anleihen auf, die später aus der Staatskasse getilgt werden sollten. Die Industrialisierung Japans geschah aber im wesentlichen auf Kosten der freien Bauern.

⁷ Schon lange hatte sich die Schreib- und Rechenschule entwickelt, aber die Einführung der Schulpflicht war für den Aufbau des Nationalstaats von großer Bedeutung. Darauf ist der große Eifer der heutigen japanischen Arbeitskräfte zurückzuführen. Bei der Reform und Modernisierung spielten die Studenten, die in Europa und Amerika studiert hatten, eine große Rolle. 1868, d. h. im ersten Jahr des neuen Nationalstaats, gingen 108 Personen nach Amerika und Europa. Hiervon besuchten 54 männliche und vier weibliche Personen die anderen Kontinente zu einem Studienaufenthalt, die restlichen machten eine Informationsreise. Seitdem gingen jährlich viele Studenten nach Amerika und Europa, um die fremde Kultur kennenzulernen. (Schon vor mehr als 1000 Jahren hatte die japanische Regierung Studenten nach To, dem alten China geschickt).

b) Daneben sollten aber auch die alten privilegierten Großhändler und Wucherer zur Deckung der entstehenden Kosten beitragen. Statt sie zu besteuern, versuchte die Regierung jedoch, sie zur Zeichnung der Anleihen und zu Investitionen zu bewegen. Viele von ihnen konnten sich aber trotzdem nicht halten, wohl auch, weil sie mit den modernen Handelsformen überfordert waren. Viele zu ihrer Erhaltung getroffenen Regierungsmaßnahmen konnten daher keinen Erfolg haben. Die Förderungspolitik kam also in erster Linie den Staatsfabriken zugute.

c) Die Auflösung der Kriegerschaft brachte den Wendepunkt, weil die Regierung den ehemaligen Kriegern (von den Feudalherren bis zu den Unterkriegern) für die Aberkennung ungewöhnlich hohe Summen zahlen mußte. Deshalb wird „Meiji-Ishin“ in Japan auch nicht als Revolution bezeichnet. Die Maßnahme hatte zur Folge, daß mehr als 400 000 Männer — mit Familienangehörigen machte das zwei Millionen Menschen — frei, aber auch arbeitslos wurden.

Das ihnen gezahlte Geld — 21 270 000 Yen — und die Anleihe — etwa 190 Mill. Yen — leisteten bei der Industrialisierung später gute Dienste. Diese 211 Mill. Yen machten etwa das Dreifache der damaligen jährlichen Staatseinkünfte aus. Die ehemaligen Krieger selbst konnten dieses Geld allerdings nicht erfolgreich anlegen, Kapitalisten wurden sie nicht. 400 000 Krieger, d. h. 99 v. H., waren Unterkrieger, die nur mit kleineren Beträgen abgefunden wurden. Die Mehrzahl von ihnen bestritt mit dem Geld ihren Lebensunterhalt, und die wenigen, die ihr Geld zum Aufbau eines Geschäfts benutzten, machten zumeist aus Unerfahrenheit Konkurs. Diese zum Proletariat abgesunkenen Unterkrieger fanden in den Staatsfabriken Beschäftigung und wurden dort zu Technikern herangebildet. Sie waren sozusagen die Voraustruppe an Arbeitskräften, die für den sich ausbreitenden Kapitalismus unerlässlich waren. Die Regierung konnte so — in dem Streben, ihre Außenhandelsbilanz zu verbessern — neue Staatsfabriken für die Verbrauchsgüterindustrie, z. B. Seide, Baumwolle, Papier, Zucker und Bier, gründen.

d) Die Gesamtsumme der den Kriegern gezahlten Abfindung floß also zum größten Teil den neu emporkommenden Kaufleuten und Bankiers zu. Um diese Summen erfolgreich anlegen zu können, war es notwendig, sie zu einem größeren Fonds zusammenzufassen, der es ermöglichte, die notwendigen Fabriken zu errichten. Die Regierung bemühte sich aus diesem Grunde darum, Aktiengesellschaften und Bankwesen populär zu machen. Das letzte ist ihr gelungen, weil die oben erwähn-

ten Anleihen von der Regierung auf die gesetzlichen Reservefonds der Staatsbanken, die nach dem amerikanischen National Banking System arbeiteten, angerechnet wurden. Die Bemühungen um die Aktiengesellschaften hatten allerdings erst Erfolg, als die soziale Grundlage geschaffen war, die diesen Aktiengesellschaften zum Aufschwung verhalf. e) Jetzt müssen wir noch einmal auf die Bauern zurückkommen. Zwar hatten sie zum erstenmal die Freiheit erlangt, aber diese währte in vielen Fällen nicht lange; denn in der Deflationszeit nach 1881 verloren viele Bauern ihren Grund und wurden Pächter oder Arbeiter, während andererseits die Bauern zu Großgrundbesitzern wurden.

Die Folge dieser Entwicklung war, daß nicht nur die Industrien (z. B. Seide und Baumwolle) in den Agrardörfern infolge der Förderungsmaßnahmen wuchsen, sondern daß sich auch in den Lokalstädten diese Industrien ausbreiteten. Infolgedessen war die oben genannte soziale Grundlage für die Aktiengesellschaften geschaffen.

Die Festigung des japanischen Industriekapitals und die ungesunde Struktur der Volkswirtschaft

Von 1885 bis 1890 ist ein Gründungsboom bei den Aktiengesellschaften, besonders auf den Gebieten der Textil- und der lokalen Eisenbahnindustrie, zu erkennen⁸. Zwar macht sich dieser Boom auch in anderen Industriezweigen bemerkbar, z. B. bei der Papier-, Streichhölzer-, Zucker-, Schwefelsäure-, Öl- und Bierherstellung, bei der Kupfergewinnung, beim Schiffs- und Maschinenbau, bei der Kunstdünger-, Zement- und Glasherstellung, der Elektrotechnik, dem Guß usw.; am stärksten war der Boom in der Baumwollindustrie und im Eisenbahnbau privater lokaler und Hauptlinien. Diese beiden Industrien haben bis gegen Ende des 19. Jahrhunderts die Hauptrolle bei der japanischen Industrierevolution gespielt.

Die Osaka-Spinnerei war die erste große Aktiengesellschaft, die 1883 durch Privatpersonen mit der bereits erwähnten Anleihe gegründet wurde. In der Fabrik liefen eine eigene Dynamomaschine — die erste in Japan — und über 10 000 Spindeln. 1887 hatte sich die Spindelzahl

⁸ Der Boom wurde durch den Verkauf der staatlichen Fabriken und Bergwerke an Privatpersonen gefördert. Damit ging die oben erwähnte direkte Industrialisierungspolitik zu Ende. Der Verkauf der Staatsunternehmungen zu niedrigen Preisen führte zu einem Wachsen der Familienkonzerne, „Zaibatsu“, z. B. Mitsubishi, Mitsui, Sumitomo usw., die Regierungslieferanten gewesen waren.

schon auf 61 000 erhöht. Die während des Booms gegründete Kanegafuchi-Spinnerei AG besaß fast 30 000 Spindeln. Aufgrund dieser und weiterer Gründungen hat sich in den Jahren 1883 bis 1890 die Baumwollgarnproduktion verneunfacht. 1890 übertraf die Produktion die Einfuhren aus Indien und England, ein Jahr später wurde zum erstenmal Baumwollgarn ausgeführt. 1897 übertraf die Ausfuhr die Einfuhr. In diesem Jahr war das japanische Baumwollgarn auf dem koreanischen und chinesischen Markt dem indischen überlegen. In den Jahren 1890 bis 1899 wurde die Produktion noch einmal um das Siebenfache gesteigert. Die von Null ausgehende Ausfuhr erreichte 40 Prozent der Produktion. Während dieses Prozesses haben die großen Spinnerei-Gesellschaften die als Agrardorfmanufakturen populär gewordenen Webereien aufgesogen.

Die Eigentümlichkeit der japanischen Baumwollspinnerei lag darin, daß sie von Anfang an nicht nur gigantische Fabriken aufgebaut hat, sondern auch mit den neuesten Techniken arbeitete, z. B. mit der Ring-Spinnmaschine und nicht mit der Mule. Der Grund dafür lag darin, daß die japanische Baumwollindustrie einmal unter der englischen und indischen Konkurrenz zusammengebrochen war und dann ohne Zollautonomie wieder aufgebaut werden mußte.

Die erste japanische Eisenbahn wurde 1872 mit staatlichen Mitteln von Tokio nach Yokohama gebaut. Während des Gründungsbooms kamen viele lokale Privateisenbahngesellschaften hinzu. 1891 war die Streckenlänge der Privatgesellschaften mit 1854 Kilometern doppelt so groß wie die der Staatseisenbahnen. 1900 hatte sie mit 4600 Kilometern Länge das Dreifache der Staatseisenbahnen erreicht. Lokal- und Staatsbahnen zogen mit ihren über 6000 Kilometern Schienenstrecke ein dichtes Netz über das ganze Land. Daneben wurde in mehreren Städten besonders der Seidengebiete bereits die elektrische Straßenbahn gebaut.

Die Eigentümlichkeit der japanischen Eisenbahn lag darin, daß ihr Wachsen nicht mit der Entwicklung der japanischen Eisen- und Stahlindustrie übereinstimmte. Zwar wurden die Waggons, Maschinen, Motoren usw. fast alle in Japan hergestellt, aber ca. 60 Prozent des japanischen Verbrauchs an Eisen und 99,5 Prozent des Stahlverbrauchs mußten durch die Einfuhr gedeckt werden. Bei der internationalen Arbeitsteilung mußte dies die Folge davon sein, daß Japan keine Zollautonomie besaß. Trotzdem kommt der Entwicklung der Eisenbahnen in Japan eine

sehr große Bedeutung zu, da sie die Industrialisierung in den lokalen Gebieten beschleunigten.

Fassen wir also zusammen:

Japan war auf die Einfuhr von Eisen, Stahl, Maschinen und Chemikalien sowie auf die Ausfuhr von Textilien, d. h. Seiden- und Baumwollwaren, angewiesen. Als sich seit den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts, insbesondere auch während des Krieges mit Rußland 1904/05, die erstgenannten Industriezweige stark ausweiteten, mußte auch die Einfuhr von Eisen, Stahl, Maschinen usw. zunehmen. Das war aber nur möglich, wenn gleichzeitig auch die Textilwarenausfuhr vermehrt wurde. Denn für die japanische Seehandlung war charakteristisch, daß Ein- und Ausfuhr in wenigen Händen lag. Tatsächlich gelang es auch, die Textilwarenausfuhr noch zu steigern, aber das Verhältnis der Textilindustrie zum japanischen Binnenmarkt wurde sehr ungesund dadurch.

Japan wurde noch stärker von Europa abhängig und stand gleichzeitig vor dem Problem, den Baumwollwarenmarkt in Asien auszudehnen. Hier waren also die Grenzen des kapitalistischen Wirtschaftssystems für Japan vorgegeben. Die Schwer-, Maschinen- und Chemieindustrie entwickelte sich nur in dem Maße, in dem sie sich auf die Ausfuhr von Textilien stützen konnte.

Bis zum Zweiten Weltkrieg blieben diese Struktur der japanischen Seehandlung und das aufgezeigte Verhältnis zwischen Textil- und Schwer-, Maschinen- bzw. Chemieindustrie erhalten⁹.

⁹ Die Fixierung dieser Struktur wurde bis zu der Reform nach dem Zweiten Weltkrieg durch die Familienkonzerne, „Zaibatsu“, vermittelt, die Banken, allgemeine See- und Binnenhandelsgesellschaften, Bergwerke und Betriebe der Schiffbau-, Maschinen- und der chemischen Industrie in einem Konzern vereinigten und damit de facto auch die Textilindustrie beherrschten.

Unter den Reformen nach dem Zweiten Weltkrieg sind die Auflösung der Familienkonzerne, „Zaibatsu-Kaitai“, und die Agrarreform, „Noch-Kaikatsu“, von größter Bedeutung gewesen. Die Agrarreform beseitigte die alten Pächter vollständig. Die Auflösung der Familienkonzerne hat zur Umwandlung der Industriestruktur, d. h. zu ihrer Erhöhung beigetragen, während die Beseitigung der Pächter zur Erweiterung des Binnenmarktes führte. Seit den sechziger Jahren sind die „Zaibatsu“ in neuen Formen wieder aufgebaut worden.

Kölner Vorträge zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte

Heft 1

J. A. VAN HOUTTE: Die Beziehungen zwischen Köln und den Niederlanden vom Hochmittelalter bis zum Beginn des Industriezeitalters, Köln 1969.

Heft 2

ANTON SPIESZ: Die Manufaktur im östlichen Europa, Köln 1969.

Heft 3

W. BRULEZ: Der Kolonialhandel und die Handelsblüte der Niederlande in der Mitte des 16. Jahrhunderts, Köln 1969.

Heft 4

GONZALO DE REPARAZ: Der Welthandel der Portugiesen im Vizekönigreich Peru im 16. und 17. Jahrhundert, Köln 1969.

Heft 5

A. TEIXEIRA DA MOTA: Der portugiesische Seehandel in Westafrika im 15. und 16. Jahrhundert und seine Bedeutung für die Entwicklung des überregionalen Handelsverkehrs, Köln 1969.

Heft 6

HERMAN VAN DER WEE: Löhne und wirtschaftliches Wachstum. Eine historische Analyse, Köln 1969.

Heft 7

HILDEGARD THIERFELDER: Köln und die Hanse, Köln 1970.

Heft 8

ROBERT W. FOGEL: Die neue Wirtschaftsgeschichte — Forschungsergebnisse und Methoden, Köln 1970.

Heft 9

M. M. POSTAN: Technischer Fortschritt im Nachkriegseuropa, Köln 1970.

Heft 10

GERTRUD MILKEREIT: Das Unternehmerbild im zeitkritischen Roman des Vormärz, Köln 1970.

Heft 11

CHARLES VERLINDEN: Wo, wann und warum gab es einen Großhandel mit Sklaven während des Mittelalters? Köln 1970.

Heft 12

W. O. HENDERSON: William Thomas Mulvany — ein irischer Unternehmer im Ruhrgebiet 1806—1885, Köln 1970.

Heft 13

FRIEDRICH SEIDEL: Das Armutsproblem im deutschen Vormärz bei Friedrich List, Köln 1971.

Heft 14

LENNART JÖRBERG: 100 Jahre schwedischer Wirtschaft, Köln 1971.

Heft 15

WALTHER KIRCHNER: Einige Bemerkungen über die Quellenlage für quantitative Studien der frühen Neuzeit, Köln 1971.

Heft 16

CHARLES WILSON: Europa im Spiegel russischer Geschichte — wie Alexander Gerschenkron es sieht, Köln 1971.

Heft 17

KLARA VAN EYLL: Die Kupfermeister im Stolberger Tal — Zur wirtschaftlichen Aktivität einer religiösen Minderheit, Köln 1971.

Heft 18

CECILIA MARIA WESTPHALEN: Schiffe und Waren im Hafen von Paranaguá, Köln 1971.